

8. Der Kanton Zürich setzt sich ein für die Anerkennung von Palästina als eigenem Staat

Einzelinitiative Markus Hochuli vom 21. August 2025

KR-Nr. 255/2025

Ratspräsident Beat Habegger: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Wird das Wort zur vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht?

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich): Zunächst möchte ich mich bei Herrn Hochuli und Frau Hugentobler für diese Einzelinitiative bedanken, sie bringt ein wichtiges Anliegen ein. Der Gazastreifen liegt in Trümmern, jeden Tag sterben dort Zivilistinnen und Zivilisten, Menschen leiden an Hunger, Spitäler, Schulen und Heime sind zerstört. Verschiedene internationale Genozidforscherinnen und -forscher sagen: Das, was dort geschieht, erfüllt die Kriterien eines Völkermords. Und was tut der Bundesrat? Er bleibt bei vagen Worten der Besorgnis. Aber im Moment reicht es nicht aus, besorgt zu sein. Der Bundesrat schweigt, wo er handeln müsste.

Ja, der Kanton ist nicht die richtige Ebene für die Anerkennung Palästinas, aber diese Initiative zeigt: Viele Menschen hier im Kanton beschäftigt dieser Krieg sehr. Die Tatenlosigkeit des Bundesrates lässt viele ratlos zurück, das müssen wir ernst nehmen. Darum fordert die SP im Bundeshaus eine ausserordentliche Session zu Gaza und darum haben wir eine Aufsichtsbeschwerde gegen das EDA (*Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten*) und das VBS (*Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport*) eingereicht. Die Schweiz hat sich gemäss der Genfer Konvention verpflichtet, sich für die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts einzusetzen, und genau das müssen wir jetzt tun. Wir müssen uns für die ungehinderte humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza einsetzen. Wir müssen uns für die Freilassung der Geiseln einsetzen. Wir müssen uns für einen Waffenstillstand einsetzen, den auch 100'000 Menschen in Israel verlangen. Und wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Schweiz die militärische Zusammenarbeit mit Israel sofort aussetzt.

In dieser Einzelinitiative geht es um die Anerkennung von Palästina als eigenen Staat. Die Anerkennung von Palästina als eigenen Staat wäre ein Signal, ein Signal, dass die Schweiz auf Diplomatie und Frieden setzt. Die Anerkennung von Palästina als Staat würde die international abgestützte Zwei-Staaten-Lösung stärken, denn nur mit zwei Staaten, Israel und Palästina, gibt es eine Chance auf einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Und die Anerkennung von Palästina bedeutet auch, die Rechte und die Würde des palästinensischen Volkes anzuerkennen und zu respektieren.

Die Anerkennung hat Grundlagen. Die Grundlagen sind die Grenzen von 1967 und die Osloer Abkommen. Über 140 Staaten haben Palästina bereits anerkannt, auch mehrere europäische Länder sind in den letzten Monaten dazugekommen. Die Schweiz darf nicht länger zögern, und darum unterstützen wir diese Einzelinitiative. Vielen Dank, wenn Sie es uns gleichtun.

Susanne Brunner (SVP, Zürich): Ausschliesslich der Bund und nicht die Kantone sind für die Aussenpolitik zuständig, das weiss auch meine Vorrednerin, Frau Mandy Abou Shoak. Dennoch möchte sie hier in diesem Plenum eine aussenpolitische Debatte führen. Wir tun das nicht, denn wir sind nicht zuständig, kantonale Parlamente sind nicht zuständig, so auch nicht unser Rat. Bei der Frage der Anerkennung eines Staates handelt es sich um einen Bereich der Aussenpolitik und dies gehört in den Bereich des Bundes. Wie der Bund in Anbetracht dessen, dass die Schweiz ein neutraler Staat ist, diese Frage regeln würde, das sei dann noch dahingestellt, das ist eine wichtige Frage. Und nochmals, wir müssen hier keine künstlichen Debatten führen, wo wir nichts zu sagen haben. Aussenpolitik gehört auf Bundesebene. Und wenn Sie meinen, es sei richtig, ein Thema treibe die Bevölkerung um, ja, dann kann man zum Mittel der Volksinitiative greifen. Dann ist es auf Ebene des Bundes deponiert und dann kann es auch dort diskutiert werden. Die Einzelinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative, die ja, Sie wissen das, in Bern nicht beliebt ist, die Standesinitiative ist definitiv nicht das richtige Instrument. Die SVP wird diese Einzelinitiative nicht unterstützen.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Wir können verstehen, dass der Nahostkonflikt bewegt, das sicher schon seit Jahrzehnten, aber sicher ganz besonders seit dem Angriff auf Israel vom Oktober 2023. Ob der Konflikt nur deshalb langandauernd ist, weil Palästina nicht als unabhängiger Staat gilt, wie die Einzelinitiative andeutet, können wir zu wenig beurteilen, Zweifel an dieser Interpretation sind jedoch angebracht. Fraglich ist auch, inwiefern eine Anerkennung der Zivilbevölkerung wirklich helfen würde. Keine Zweifel haben wir jedoch dahingehend, dass die Frage, ob Palästina als eigener Staat anerkannt werden soll, keine Frage für den Kanton Zürich ist. Aussenpolitik ist in erster Linie Bundessache, und dort ist das Thema ja bereits angekommen, unter anderem mit Vorstössen in den eidgenössischen Räten, aber auch mit der letzte Woche erhobenen Forderung nach einer Sondersession zum Nahostkonflikt. Und der Bund ist auch nicht tatenlos, wie das hier gesagt wurde. Die Frage, ob und wann Staaten anerkannt werden, ob und wann mit Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen oder abgebrochen werden, ist aber nun wirklich nicht unsere Flughöhe. Und wir sehen auch kein besonderes Zürcher Interesse an diesem Thema, das eine Intervention in Richtung Bund rechtfertigen würde. Die FDP-Fraktion wird die EI nicht vorläufig unterstützen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Das Votum der Grünliberalen fällt kurz aus: Für dieses Anliegen ist der Kantonsrat die falsche Adresse. Wir sollten hier nicht solche weltpolitischen Themen diskutieren. Aussenpolitik wird in Bern gemacht. Sorry, falsche Adresse, falsche Flughöhe, die GLP unterstützt die Einzelinitiative nicht.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Die Situation in Palästina verschlechtert sich in alarmierender Weise und die Kriegsverbrechen der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen vom 7. Oktober 2023 rechtfertigen nicht mehr die von der rechtsnationalistischen Regierung Netanjahus (*Benjamin Netanjahu, israelischer Ministerpräsident*) begangenen genozidalen Handlungen und Kriegsverbrechen. Auch im Rahmen der legitimen Selbstverteidigung Israels gilt das humanitäre Völkerrecht absolut, bedingungslos und für alle Konfliktparteien gleichermassen. Die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten muss auch unter diesen Umständen geschützt werden. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal, über 50'000 Tote, darunter 15'000 Kinder, tausende Vertriebene und Verletzte, die keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben und Hunger leiden. Das Welternährungsprogramm meldet, dass seine Lebensmittelvorräte in Gaza erschöpft sind, während die Einfuhr von Hilfsgütern durch israelische Blockaden weiter oder immer wieder verhindert wird. Gaza ist ein einziges Trümmerfeld, fast alle wichtigen Infrastrukturen sind zerstört. Und diese Tragödie wird weiterhin befeuert, leider auch hier von beiden Seiten. Es gibt immer noch israelische Geiseln auf der einen und politische Gefangene auf der anderen Seite. Diese Situation ist unhaltbar. Denn um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen, sind Deeskalation, ein sofortiger Waffenstillstand, der Rückzug der Armee Israels aus Gaza und den besetzten Gebieten, die sichere und schnellere Lieferung von Nahrungsmitteln, die Freilassung aller Geiseln und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts auf beiden Seiten erforderlich.

Als Grüne sind wir vom unabdingbaren Recht der israelischen und palästinensischen Bevölkerung – jüdische, christliche, muslimische und andersgläubige Menschen – überzeugt, als gleichberechtigte Gemeinschaften und Menschen in Freiheit und Sicherheit zu leben. Und wir Grünen kämpfen am passenden Ort, nämlich national, um die Anerkennung der Staatlichkeit von Palästina als ein Instrument, das es auch braucht. Die Grünen Schweiz fordern die Sondersession, die bereits meine Kollegin Mandy Abou Shoak erwähnt hat, zur humanitären Situation im Gaza. Hier im Kanton fehlt ein aussenpolitisches Gefäss zur Behandlung dieser Einzelinitiative, und das auch zu Recht, und es erscheint uns sogar etwas anmassend, dass wir im Kanton Zürich eine Lösung für einen der verworrensten Konflikte der Welt zu haben gedenken. Daraus könnte vielleicht eine Standesinitiative resultieren, ein Instrument, das wir hier auch etwas inflationär verwenden, um Zeichen zu setzen. Einzelnen Menschen soll zugestanden werden, hier ein Zeichen zu setzen, und deshalb unterstützen die Grünen ganz vereinzelt diese Einzelinitiative.

Priska Hänni-Mathis (Die Mitte, Regensdorf): Wir alle wünschen uns eine friedliche Lösung für den Nahostkonflikt, aber gerade deshalb ist es wichtig, dass die Schweiz in dieser Frage besonnen, völkerrechtlich fundiert und diplomatisch klug handelt. Der vorliegende Vorstoss geht genau in die falsche Richtung und die Mitte-Fraktion lehnt ihn entschieden ab. Frieden braucht Verhandlungen, nicht Symbolpolitik. Die Schweiz und auch die Mitte haben sich stets für eine verhandelte Zweistaatenlösung eingesetzt. Eine einseitige Anerkennung Palästinas ohne Friedensabkommen mit Israel würde diesen Weg untergraben. Solche symbolpolitischen Vorstösse schaffen keine Lösungen, sie verhärten die Fronten. Zudem gehört die Aussenpolitik nach Bern und nicht nach Zürich. Wir sind ein Kantonsparlament, keine Aussenpolitiker. Und schon gar nicht ist es unsere Aufgabe, auf nationaler Ebene die diplomatischen Weichen stellen zu wollen. Solche Entscheidungen gehören in die Hände von Bundesrat und Parlament in Bern, auf Basis einer breiten aussenpolitischen Abwägung, nicht auf Zuruf aus einem Kantonsrat.

Mein Fazit und das Fazit der Mitte: Die Lage im Nahen Osten ist ernst und gerade deshalb braucht es keine gut gemeinten, aber falsch platzierten Vorstösse. Was wir brauchen, ist Diplomatie statt Symbolik, Verantwortung statt Aktionismus. Im Interesse der Glaubwürdigkeit, der Neutralität und der Stabilität unserer Aussenpolitik lehnt die Mitte-Fraktion diesen Vorstoss ab. Vielen Dank.

Gianna Berger (AL, Zürich): Palästina existiert. Dass es bis heute nicht anerkannt wird, ist beschämend. Die Anerkennung bedeutet nicht, Geld zu schicken oder Organisationen zu unterstützen, sie bedeutet einzig, eine Realität anzuerkennen und die Grundlage für Gespräche auf Augenhöhe zu schaffen. Natürlich ist diese Anerkennung zu wenig. Sie beendet die Besatzung nicht, sie überwindet auch die Apartheid nicht und sie stoppt nicht die massiven Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Israel im Gazastreifen begeht. Diese wiegen völkerrechtlich nicht weniger schwer als das Verbrechen des Genozids. Ob die genozidale Absicht juristisch nachgewiesen wird oder nicht, ist aber jetzt gerade zweitrangig. Entscheidend ist, dass diese Verbrechen sofort beendet werden müssen. Aber ohne Anerkennung gibt es nicht einmal die Basis, um Gerechtigkeit einzufordern oder eine Lösung überhaupt zu verhandeln. Sie ist deshalb das absolute Minimum.

Wir haben gehört, Anerkennung sei nur Symbolpolitik. Doch die eigentliche Symbolpolitik ist das Nichtstun, ein Vorwand, um nichts verändern zu müssen. Wir müssen klar benennen, was geschieht. Israel führt Krieg gegen die Zivilbevölkerung, hungert Menschen aus, baut Siedlungen aus und hält Millionen entrechtet. Selbst in Israel ist die Mehrheit der Bevölkerung längst für einen Waffenstillstand, doch die Regierung setzt den Krieg fort. Frieden ist nur möglich, wenn die Verantwortlichen klar benannt werden und internationales Recht durchgesetzt wird. Kritik am Handeln des Staates Israel ist kein Antisemitismus. Weltweit, auch hier in Zürich, setzen sich viele jüdische Menschen für Gerechtigkeit in Pa-

lästina ein. Wer Jüdischsein mit dem Staat Israel gleichsetzt, blendet diese Stimmen aus und schürt damit realen Antisemitismus, den wir entschieden bekämpfen müssen.

International hat die Schweiz längst den Anschluss verloren. Eine grosse Mehrheit der Staaten hat Palästina anerkannt. Länder wie Spanien, Irland, Norwegen, Australien oder Kanada sind vorangegangen. Gleichzeitig hat das israelische Parlament 2024 in einer Resolution erklärt, ein palästinensischer Staat sei eine existenzielle Gefahr und zum jetzigen Zeitpunkt kategorisch ausgeschlossen. Genau deshalb braucht es den Druck der internationalen Gemeinschaft. Auch Zürich darf sich hier nicht länger zurückhalten. Unser Kanton bezieht zu vielen Themen Stellung, warum also nicht hier? Palästina anzuerkennen ist zu wenig, aber es ist das Mindeste.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 255/2025 stimmen 47 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht worden. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.